

Prinz Asfa-Wossen Asserate plädiert für vernünftige Konzepte

VON UNSERER MITARBEITERIN MARIA LÖFFLER

Kronach - „Patriotismus ist ein Menschenrecht, Nationalismus ist Hass!“ Diese Aussage traf Unternehmensberater, Bestsellerautor und Analyst Prinz Asfa-Wossen Asserate vor rund 60 Zuhörern an der Kronacher Montessori-Oberschule.

Sein Kommen erhielt vor allem durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an den äthiopischen Ministerpräsidenten Abiy Ahmed einen topaktuellen Anstrich, denn unter der Überschrift „Die neue Völkerwanderung – wer Europa bewahren will, muss erst Afrika retten“ sprach er unter anderem auch über die Probleme Äthiopiens mit Eritrea (siehe Infokasten).

„Dieser Mann hat meinen größten Respekt“, meinte der Angehörige des entthronten äthiopischen Kaiserhauses. Er lobte die Verdienste des Regierungsoberhauptes, machte sich gleichzeitig aber auch Sorgen um sein Heimatland, wo noch Apartheid herrsche und alles ethnisiert sei („Das ist die größte Krankheit, die wir in Afrika haben“).

Vorher sprach er darüber, was einen Menschen denn überhaupt zur Flucht bewege: „Das ist zum Beispiel das Bevölkerungswachstum. Die Bemühung um Reduktion schreitet leider nicht voran. Stoppen würde die Bevölkerungsexplosion nur ein geeignetes Renten- und Sozialsystem.“ Als zweiten Grund für die Flucht nannte der Prinz den „unfairen Handel“. Es sei nicht hinnehmbar, „dass durch skandalös billige und hoch subventionierte Produkte aus der EU viele einheimische Produkte

Unter anderem nannte er afrikanische Tomatenplantagen, die dem Wettbewerb zum Opfer gefallen seien. Dadurch hätten viele Menschen ihre Jobs verloren. Sie verließen die Perspektive und wanderten unter anderem nach Italien aus, wo sie als „neue Sklaven“ gelten würden. Dort pflückten sie Tomaten, die man dann wieder nach Afrika verschiffe. „Und so entsteht Migration. Finden Sie

das nicht auch völlig paradox?“, fragte er ins Publikum. Viel besser wäre es doch, die Eigeninitiative zu fördern und ein unabhängiges Kontrollgremium zu schaffen mit einem internationalen Rechnungschef für Entwicklungshilfe.

Lösungsvorschläge

„Aber den Marshallplan für Afrika kann natürlich Deutschland nicht völlig allein finanzieren. Man könnte doch das Geld aus den Taschen der afrikanischen Autokraten ziehen, die damit eh nur ihre Macht zementieren wollen“, war eine Empfehlung. Letztendlich sei aber eine wirtschaftliche Entwick-

lung nicht ohne die politische Entwicklung zu haben. „Es reicht ja schon, wenn die eigenen Grundsätze eingehalten werden. Und wer sich nicht daran hält, dem sollte man einfach die Gelder streichen.“

Gegenwärtig habe die Welt Afrika neu entdeckt, das sei unter anderem auch dem wachsenden Rohstoffhunger der Industriestaaten geschuldet. Allerdings dürfe man nicht vergessen, „die Entwicklungspolitik mit der sozialen Gerechtigkeit in Einklang zu bringen“. Man solle versuchen, die globale, ökologische und ökonomische Gier sowie die Subventionen zu stoppen.

Beginnen mit der Hilfe zur Selbsthilfe solle man bei den Frauen Afrikas, denn sie seien der Schlüssel zur Zukunft. „Mehr Schule bedeutet mehr Bildung. Mehr Bildung bedeutet weniger Kinder“, so Asserate.

Lebensverhältnisse müsse man vor Ort ändern. „Wir haben viele Menschen, die studiert haben und ins Ausland gehen. Aber in Afrika finden wir kaum einen Maurer, der eine gerade Wand hochziehen kann. Uns fehlt ein duales Ausbildungssystem, wie es das in Deutschland gibt.“

Außerdem könnten Jugendlichen aus Afrika in Deutschland für fünf Jahre in der Alten- oder in der Kinderpflege eingesetzt werden, meint Asserate. „Sie verdienen dann vielleicht etwa 500 Euro im Monat, schicken 300 nach Hause und davon kann eine ganze Familie leben. Danach verpflichten sie sich für die Rückkehr ins Heimatland.“

Nobelpreis

Der äthiopische Ministerpräsidenten Abiy Ahmed wurde für seinen Einsatz um den Friedensprozess mit dem Nachbarland Eritrea mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Er beendete damit einen 20 Jahre andauernden Konflikt, der Tausenden von Menschen das Leben gekostet hat. Den Preis erhielt er aber auch für Reformen im eigenen Land. Unter anderem ließ er politische Gefangene frei und ließ viele Vertreter aus Militär und Geheimdienst wegen mutmaßlicher Menschenrechtsverstöße festnehmen. Für den Friedensnobelpreis waren insgesamt 219 Kan-